

**Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für
Ordnung, Senioren und Soziales am Montag, dem 11. September 2019, um 18.00
Uhr im Rathaus, Sitzungsraum 1.20**

Anwesend:

Ausschussvorsitzender: Bürgerliches Mitglied Alexander Gleser

**Weitere
Ausschussmitglieder:** Stadtvertreterin Renja Romey-Glüsing
Stadtvertreter Mitglied Peter Wichmann
Stadtvertreterin Lara Tinsen
Stadtvertreterin Elsbeth Prange
Bürgerliches Mitglied Leon Schwark
Stadtvertreter Michael Huep
Stadtvertreterin Schaedla

Protokollführer: Herr Käselau

**Nicht anwesende, nicht
vertretene Ausschussmitglieder:** Bürgerliches Mitglied Beate Sameisky

Andere Anwesende: Torsten Trautmann (Verwaltung)
Peter Stange (Seniorenbeirat)
Bürgerliches Mitglied Herr Knarr
Stadtvertreter Joachim Bolz

**Nach § 22 GO ausgeschlossene
Teilnehmerinnen oder
Teilnehmer:** --

Zuhörerinnen und Zuhörer:

Tagesordnung

Öffentlicher Teil:

1. Beachtung der Ausschließungsgründe nach § 22 GO
2. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift über die Sitzung vom 17.06.2019
3. Anfragen, Vorschläge und Anregungen von Einwohnerinnen und Einwohnern zu Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft, die nicht auf der Tagesordnung stehen
4. Seniorenbericht 2019
5. Sozialbericht 2019
6. Informationen
7. Anfragen der Stadtvertreterinnen und Stadtvertreter sowie der bürgerlichen Mitglieder

1. Beachtung der Ausschließungsgründe nach § 22 GO

Von den anwesenden Ausschussmitgliedern werden keine Ausschließungsgründe nach § 22 GO mitgeteilt.

2. Entscheidungen über die Einwendungen gegen die Niederschrift über die Sitzung vom 17.06.2019

Einwendungen gegen die Sitzungsniederschrift werden nicht erhoben.

3. Anfragen, Vorschläge und Anregungen von Einwohnerinnen und Einwohnern zu Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft, die nicht auf der Tagesordnung stehen

Einwohnerinnen und Einwohner stellen keine Anfragen, machen keine Vorschläge und geben keine Anregungen.

4. Seniorenbericht 2019

Der Ausschussvorsitzende verweist auf die Vorlage.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

5. Sozialbericht 2019

Der Ausschussvorsitzende verweist auf die Vorlage.

Die BWG weist darauf hin, dass ihr die Beschwerde einer Anwohnerin aus dem neuen Wohnkomplex der BGM in der Konrad-Adenauer-Straße zugetragen wurde. Danach soll es im Sommer vermehrt zu Lärmbelästigungen, Tierquälerei und Sachbeschädigungen u.a. auch durch Kinder und Heranwachsende gekommen sein, die auch spät abends noch vor den Häusern gespielt bzw. sich aufgehalten haben. Der vermehrte Lärm in den Abendstunden ist der Verwaltung nach Rücksprache mit den Flüchtlingsbetreuern bekannt. Bei den Kindern handelt es sich jedoch nicht nur um die aus neu zugezogenen Familien, sondern auch um Kinder aus der Nachbarschaft. Hier haben aber bereits entsprechende Gespräche mit den betroffenen Familien stattgefunden.

Auch soll es zur massiven Belästigung einer Anwohnerin gekommen sein, so der Hinweis aus der Bevölkerung. Zu den Belästigungsvorwürfen hat die Stadt eine klare Haltung. Bei der Stadt sind bisher allerdings keine Beschwerden eingegangen, auch gibt es keine Hinweise seitens der Polizei auf entsprechende Situationen. Daher werden diese Hinweise aktuell als nicht gerechtfertigt behandelt. Bei tatsächlichen Belästigungen wird den Betroffenen geraten, umgehend die Polizei zu benachrichtigen.

Von der CDU wird gefragt, ob das Büro im neuen Wohnkomplex Konrad-Adenauer-Straße noch genutzt wird. Hierzu wurde ebenfalls Rücksprache mit den Flüchtlingsbetreuern gehalten. Danach wird das Büro regelmäßig genutzt. U.a. werden dort sog. Hausgespräche mit allen Bewohnern der Wohnanlage geführt, um evtl. vorhandene Probleme (z. B. Müllentsorgung, etc.) zu besprechen. Hierbei wurden alle Teilnehmer auch darauf hingewiesen, aktuelle Probleme direkt und dabei freundlich untereinander anzusprechen und möglichst in Eigenregie zu klären.

Zusätzlich möchte die CDU wissen, wie viele Doppelstaatler mit deutscher Staatsangehörigkeit in Büdelsdorf leben. Diese wurden im Sozialbericht nicht gesondert ausgewiesen. Nachträglich wurden aber 515 deutsche Personen (Stand: September 2019) mit einer weiteren Staatsangehörigkeit ermittelt. Hierbei handelt es sich zum Großteil um Personen, welche in den 90ern als Flüchtlinge bzw. Vertriebene und deren Angehörige aus den Ostblockstaaten nach Deutschland kamen. Im Zusammenhang mit der Flüchtlingssituation fragt die CDU, wie hoch die Zahl der Familiennachzüge ist. Auch hier konnte eine Klärung erst im Nachgang zur Ausschusssitzung erfolgen. Danach ist 2018 ein minderjähriges Kind als Familiennachzügler in Büdelsdorf angemeldet worden. 2019 gab es bisher keine Familiennachzüge.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

6. Informationen

Es liegen keine Informationen vor.

7. Anfragen der Stadtvertreterinnen und Stadtvertreter sowie der bürgerlichen Mitglieder

Anfragen der Stadtvertreterinnen und Stadtvertreter sowie der bürgerlichen Mitglieder liegen nicht vor.

Ende der Sitzung: 18.30 Uhr

Ausschussvorsitzender

Protokollführer